

**Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion Werner Sell am
15.12.2016**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat, Ib. Kolleginnen, Ib. Kollegen, verehrte Gäste.

Der Kelch, der erste Landkreis in Deutschland zu werden, der bilanziell überschuldet ist, ging an uns vorüber..

Die Gründe sind uns allen bekannt.

Somit ist auch die Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Willi Jasperneite, in seiner letztjährigen Haushaltsrede, der diese Tatsache als unabänderlich ansah, ad absurdum geführt.

Er sagte damals, ich zitiere: „Der Kreis Unna wird im kommenden Jahr bilanziell überschuldet sein,- als erster Landkreis in ganz Deutschland“. Zitat Ende.

Er betitelte unseren Kreis auch als Pleitekreis und sprach dazu seinen herzlichen Glückwunsch aus.

Und wie in fast allen seinen Haushaltsreden greift er Teile des Verwaltungsvorstandes und vor allem den Landrat an, denen er ein stoisches Beharrungsverhalten vorwarf. Seine Vorwürfe gipfelten in der Aussage, ich zitiere: „Der mangelnde Handlungswille des Landrates ist eine Tragödie“. Zitat-Ende.

Warum erwähne ich es heute?

Ich erwähne es heute, weil knapp 3 Monate später der erstaunten Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, dass CDU und SPD auf Kreistageebene eine Kooperation eingegangen seien.

Mal abgesehen von der Tatsache, dass aus dieser Kooperation bis heute nichts Nennenswertes passiert ist, oder wie der Volksmund auch sagt „ Der Berg kreiste und gebar ein Mäuslein, fragten wir uns damals. Was ist das für eine SPD-Kreistagsfraktion, die ihr Zugpferd Michael Makiolla und seine engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ja überwiegend das gleiche Parteibuch haben, so unqualifiziert diskreditieren lassen. Unter Solidarität verstehe ich etwas anderes.

Sehr geehrter Herr Landrat, lb. Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste,

wie in jedem Jahr sind die Transferaufwendungen mit 273 Mio. € der größte Brocken im heute zu beschließenden Kreishaushalt.

Die 2 größten Einzelpositionen sind die Kosten der Unterkunft mit 96,6 Mio.€ und die Landschaftsumlage in Höhe von 96,1 Mio. €.

Die Kosten der Unterkunft haben sich im laufenden Jahr positiv entwickelt. Es werden ca. 4 Mio. € weniger ausgegeben, als geplant. Normalerweise müsste der HH-Ansatz für 2016 schon allein aus dieser Tatsache deutlich niedriger ausfallen..

Warum dies nicht geschieht, ist der Flüchtlingsproblematik geschuldet. Kein Mensch kann genau voraussagen, wieviele Rechtskreiswechsler aus dem Asylbewerber- leistungsgesetz in 2016 zu Leistungsbeziehern aus dem SGB II werden.

Von daher sind die veranschlagten 96,1 Mio. € (die einen Puffer in Höhe von ca.Mio, € beinhalten) sinnvollerweise als Risikominimierung zu sehen. Der Kämmerer hat diese Problematik bei seiner Haushaltseinbringung deutlich dargestellt.

Im Jahr 2015 werden rd. 1 Mio. Kinder, Frauen und Männer ihre Flucht in der Bundesrepublik Deutschland beenden. Zurzeit können wir davon ausgehen, dass rd. die Hälfte der zu uns flüchtenden Menschen dauerhaft bei uns bleiben wird. Die andere Hälfte wird aufgrund der bestehenden Rechtslage wohl kein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland bekommen. Diese Menschen müssen die Bundesrepublik wieder verlassen. Dies ist für die Menschen eine sehr belastende und schwierige Situation, denn niemand verlässt seine Heimat ohne wichtigen Grund. Ich bin mir sicher, dass alle Menschen, die sich auf die Flucht begeben, dieses schweren Herzens tun.

Unser Rechtsstaat kennt das Recht auf Asyl für politische verfolgte Menschen.

So schwer es im Einzelfall ist, muss aber auch gesagt werden: Wer nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland kein Aufenthaltsrecht erlangen kann, muss auch wieder gehen. Das gesetzte Recht zu beachten, es anzuwenden und auch zu respektieren, ist einer der Grundpfeiler unseres Staates.

Erschüttert sind wir sicherlich alle, wenn wir die Bilder von den Grenzen sehen. Es ist kaum zu glauben, welche dramatischen Szenen sich abspielen. Wir sind alle aufgerufen, den Menschen, die zu uns kommen, sofort eine menschenwürdige Bleibe zukommen zu lassen. Jeder, der zu uns flüchtet, hat Strapazen hinter sich, die wir uns wohl kaum vorstellen können. Daher müssen wir für die Menschen da sein.

Ich glaube, dies gelingt im Kreis Unna sehr gut. Die 10 Städte und Gemeinden leisten Überraschendes! Sie schaffen es, fast allen bei uns ankommenden Menschen rasch eine Unterkunft zu geben, auch wenn es inzwischen oft Notunterkünfte sind. Auch der Kreis Unna selbst hat dem Land NRW sofort angeboten, Notunterkünfte einzurichten. Wir werden das Land weiterhin unterstützen, wenn auch umgekehrt das Land NRW selbst zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation bereit ist. Dazu gehört beispielsweise, das von der Großen Koalition auf

Bundesebene mit den geänderten Asylgesetzen Gewollte auch anzuwenden.

Danken möchte ich an dieser Stelle allen Institutionen, die sich um die zu uns geflüchteten Menschen kümmern. Ich möchte an dieser Stelle auf die Nennung einzelner Gruppen, Verbände, Vereine etc. verzichten, da diese Aufzählung nicht abschließend sein könnte.

Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna sollten uns Vorbild sein! Sie kümmern sich, sie machen, sie organisieren, sie helfen, sie sorgen sich um unsere Flüchtlinge!

Ich möchte daher an dieser Stelle den Menschen im Kreis Unna danken! Sie alle tragen dazu bei, dass es um das Miteinander geht, nicht um ein Gegeneinander!

Ein weiterer Schwerpunkt in der Haushaltseinbringungsrede von Dr. Wilk war die Einführung der wirkungsorientierten Steuerung.

Im September beschloss der Kreistag einstimmig, dass die Aufstellung des Produkthaushaltes künftig mit zwischen der Verwaltung und der Politik abgestimmten Zielen verknüpft wird. Die Aufstellung des Produkthaushaltes richtet sich dann nach diesen vereinbarten Zielen.

Einstimmig bei 3 Enthaltungen war auch der Beschluss, dass der Landrat Anfang 2016 eine Strategiekonferenz einberufen wird.

Lediglich die Kooperationspartner SPD und CDU stimmten für den eigenen Antrag, jetzt schon 7 Leitziele zu formulieren.

Dies, obwohl, und da waren sich alle anderen Fraktionen und Gruppen einig, diese Leitziele weder ausformuliert waren noch Substanz haben.

Bei allen von mir angeschauten Möglichkeiten steht nach dem Beschluss über die Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung zunächst einmal die Strategiekonferenz.

Die Gründe liegen doch auf der Hand.

Wirkungsorientierte Steuerung erfordert einen neuen Denkansatz. Wichtige Voraussetzung für die Einführung dieses Steuerungsmodells ist die Analyse bzw. Interpretation des umfangreich vorhandenen Datenmaterials und der Vergleichszahlen.

Es werden daraus Annahmen über die Ursache-Wirkungs-Beziehung entwickelt und Wirkungsketten formuliert.

Zielklärung ist das Kerngeschäft von Politik und Verwaltung. Es bedeutet, sich mit anderen auf eine gemeinsame Sache einzulassen, mögliche Konflikte auszuhandeln, sich festzulegen und das persönliche Handeln überprüfbar zu machen.

Klar definierte Ziele sorgen auch für die notwendige Transparenz, wenn es gelingt, die Prinzipien nachvollziehbar zu machen, die den Entscheidungen zugrunde liegen.

Klar definierte Ziele erleichtern die Argumentation auch gegenüber Einwirkungen von außen.

Der Zielklärungsprozess ist das zentrale Element bei der Einführung der wirkungsorientierten Steuerung.

Dieser Zielklärungsprozess begann bei allen von mir recherchierten kommunalen Körperschaften mit der Strategiekonferenz.

Nur nicht bei den Fraktionen von SPD und CDU. Sie machten, wie so oft, den 2. Schritt vor dem ersten. Aber auch das ist reparabel, da hoffe ich auf die Einsicht der beiden Kooperationspartner.

Aber auch bei erfolgreicher Strategiekonferenz und Einführung der wirkungsorientierten Steuerung wird man die kommunale Finanzmisere nur dann erfolgreich bekämpfen können, wenn die chronische Unterfinanzierung der nordrhein-westfälischen Kommunen endlich beseitigt wird.

Dazu gehört essentiell

-die Rückgängigmachung der Absenkung des Verbundsatzes

-die strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips
-die Anpassung der Teilschlüsselmassen
und zuletzt die Einführung einer eigenen Schlüsselmasse für die Kreise

Zumindest müsste aber in einem ersten Schritt die konkrete Umsetzung der Empfehlungen des vom Land selbst in Auftrag gegebenen FIFO-Gutachtens in Angriff genommen werden – auch wenn viele Gesichtspunkte dieses Gutachtens nicht den berechtigten Anliegen der Kreise und des kreisangehörigen Raumes Rechnung tragen.

Zum Gemeindefinanzierungsgesetz kann als kurzes Ergebnis festgestellt werden:

„Der Topf ist zu klein, der Inhalt wird ungerecht verteilt.

Trotz dieses zu kleinen und ungerecht verteilten Topfes ist es der Verwaltung gelungen, einen handwerklich soliden Haushalt aufzustellen, auch wenn der Haushaltsausgleich nur fiktiv ist.

Kürzungsorgien wie in manch anderen Gebietskörperschaften wurden vermieden.

Viele Haushaltsansätze sind nicht oder nur wenig beeinflussbar, Auf die kreisangehörigen Kommunen wurde Rücksicht genommen.

Unseren Antrag bezüglich des Sozialtickets ziehen wir zurück. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatten einen ähnlichen Antrag eingebracht. Daraufhin verständigten wir uns, einen gemeinsamen Antrag zu stellen.

Wir hoffen auf eine breite Zustimmung.

Sehr geehrter Herr Landrat, lb. Kolleginnen und Kollegen, die Linksfraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt zu.

Zuletzt danke ich dem Kämmerer, Herrn Appel und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gewiss nicht leichte Aufgabe, einen solchen Haushalt aufzustellen.

Ihnen allen wünsche ich noch eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und für das neue Jahr Gesundheit und Zufriedenheit

Zum Schluss glaube ich, meinem Anspruch gerecht worden zu sein, heute nicht, wie im vergangenen Jahr, die längste Haushaltsrede gehalten zu haben.

Glück auf